

Ressort: Politik

Koalition will verstärkt gegen Zwangsprostitution vorgehen

Berlin, 08.03.2014, 10:28 Uhr

GDN - Die Koalition will den Kampf gegen die Zwangsprostitution aufnehmen. Die Vize-Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, Nadine Schön (CDU), sagte dem Nachrichtenmagazin "Focus": "Es ist heutzutage schwerer, in Deutschland eine Pommestube aufzumachen als ein Bordell. Das kann nicht sein."

SPD und Union wollen die Gewerbeordnung für Bordelle verschärfen. Zudem sollen Zwangsprostituierte, die gegen ihre Freier aussagen, ein Aufenthaltsrecht bekommen. Vor Ostern treffen sich die Familienpolitiker der Union mit den Rechts- und Innenpolitikern. "Noch in diesem Jahr werden wir neue Gesetze auf den Weg bringen", so Schön. Sie setze dabei auf enge Zusammenarbeit mit der SPD. Die FDP habe "leider nicht richtig mitgezogen bei diesem Thema", kritisierte Schön.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-31228/koalition-will-verstaerkt-gegen-zwangsprostitution-vorgehen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619